

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig	6 fl. — kr.
Halbjährig	3 " — "
Vierteljährig	1 " 50 "
Monatlich	— " 50 "

Mit der Post:

Ganzjährig	9 fl. — kr.
Halbjährig	4 " 50 "
Vierteljährig	2 " 25 "

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 5 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten-

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Steinmayr & S. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einseitige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr. Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 59.

Freitag, 23. Oktober. — Morgen: Rafael.

1868.

Rückwirkung der spanischen Revolution.

Laibach, 23. Oktober.

Die Entthronung der Königin Isabella, die von ihrem lebenswürdigen Generalintendanten selbst um ein Königreich nicht lassen wollte, wird allgemein und mit vollem Rechte als ein Ereigniß von hervorragender Bedeutung betrachtet. — Die An- gelegenheiten Spaniens hatten für uns seit der siegreichen Niederwerfung des Karlistenaufstandes durch die Christinos und der dadurch herbeigeführten Umstößung des Legitimitätsprinzips nur mehr ein untergeordnetes Interesse; der derzeitige Umschwung der Dinge in Spanien verdient jedoch wieder unsere volle Aufmerksamkeit, indem dadurch ohne Zweifel auch unsere Interessen berührt werden.

Zunächst haben wir es eben nur dem Um- sturze der bisherigen retrograden ultramontanen Regierung in Spanien zu verdanken, wenn uns der für alle Völker so nothwendige Friede in Europa um einige Jahre länger erhalten bleibt. Wir wollen zwar nicht behaupten, daß irgend ein Potentat die frevelhafte Absicht hatte, einen Vorwand zum Kriege vom Zaune zu brechen; auch wissen wir nicht, ob der Herrscher an der Seine, dessen Kaiserreich der Friede ist, in der That — wie viele wissen wollen — bereits mit dem Gedanken umgegangen sei, den Krieg gegen Preußen bei nächster Gelegenheit zu eröffnen, allein darüber sind wir nicht im Zweifel, daß wir jetzt in Folge der unverhofften Ereignisse in Spanien vor einer solchen Eventualität ziemlich sicher sind und daß der kluge Napoleon dem Ge- danken eines Krieges mit Preußen — falls er ihn gehabt hätte — vorläufig jedenfalls entsagen muß.

Die Gründe dafür liegen sehr nahe. So lange die Königin Isabella in Madrid auf dem Throne

saß, konnte Napoleon III. ganz unbesorgt seine kriegerischen Projekte entwerfen und mit seiner neu organisirten und neu bewaffneten, aktionslustigen Armee auf neuen Ruhm ausziehen; er mußte seinen Rücken frei und konnte nöthigenfalls sogar noch darauf rechnen, daß die fromme — mit der goldenen Rose geschmückte — Isabella seine Rolle in Rom übernehmen und dadurch sein Schutzkorps daselbst für die Aktion disponibel machen werde. — Diese Situation hat sich nun durch Isabella's Entthronung gründlich geändert, und wenn auch von Span- nien — selbst unter einer liberalen Regierung — ein kriegerisches Vorgehen gegen Frankreich niemals zu besorgen ist, so hat Napoleon doch einen treuen Allirten verloren, der bei eintretender Nothwendig- keit mit Vergnügen die Mission übernommen hätte, der begreiflichen Sehnsucht der Italiener nach ihrer natürlichen Hauptstadt ein Schach zu bieten und dadurch dem Kaiser Napoleon jede Zerplitterung seiner Streitkräfte zu ersparen, sich selbst aber eine von den vielen Stufen in den Himmel zu bauen. — Abgesehen jedoch davon, sind die liberalen Ideen und deren glänzender Sieg in dem benachbarten Spanien für das in Frankreich herrschende, nichts weniger als liberale Regime, welches unter den gebildeten Franzosen selbst mehr Gegner als Freunde hat, höchst bedenklich, daher man sich gar nicht wundern könnte, wenn es zur Errichtung eines Lagers an der spanischen Grenze käme, um den Hauch der Freiheit, der von den Pyrenäen herüber wehen könnte, unschädlich zu machen.

So macht sich also der plötzliche Wechsel des Regierungssystems in Spanien dem Imperialismus in Frankreich in doppelter Beziehung sehr unbequem. Dies fühlen die offiziellen französischen Blätter sehr wohl, daher sie sogar auf die Idee verfallen sind, die freiheitliche Bewegung in Spanien den Intrig-

uen Bismarck's oder dem preußischen Gelde beizu- messen, in welchem Hirngespinnste sich indessen nur die nicht zu verhehlende Ueberzeugung abspiegelt, daß die Kriegspartei in Frankreich vor der Hand lahm gelegt ist und für einige Zeit wider Willen die Friedenshymne anzustimmen gezwungen ist.

Wir können uns zu dieser Rückwirkung der spanischen Bewegung nur Glück wünschen, denn ob wir im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen die Neutralität zu wahren in der Lage wären, steht mit Rücksicht auf die Verwicklungen, die daraus auch andernorts entspringen könnten, sehr in Frage, und wir benöthigen zu dringenden den Frieden, um uns nicht über jedes Ereigniß, das uns denselben erhält, aufrichtig zu freuen. — Ueber- dies können wir uns aber auch nicht verhehlen, daß der siegreiche Kampf des spanischen Volkes gegen seine jesuitische Mißregierung auf unsere volle, un- getheilte Sympathie selbst dann Anspruch hätte, wenn wir dadurch nicht von einer möglicherweise sehr nahen Kriegsgefahr befreit worden wären. — In je engere Grenzen der finstere, egoistische Geist gebannt wird, der an dem Marke der Völker zehren will, desto unschädlicher wird er, und je mehr die Freiheit an Terrain gewinnt, desto ohnmächtiger wird das Streben der nie ruhenden Reaktion.

Wir können daher auch nur wünschen, daß dem spanischen Volke die Früchte seines Sieges durch Uneinigkeit oder unzeitigen Ehrgeiz seiner Führer nicht verkrümmert werden und daß das neue Ver- fassungswerk recht bald und lebenskräftig zur Voll- endung und Konsolidirung gelange.

Das Eherecht im ungar. Unterhause.

Das Gesetz über die Zivilprozessordnung hat in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom Dienstag eine höchst interessante Debatte her-

Ferilleton.

Der amerikanische Bürger.*

II.

Die Petit-Jury besteht aus den übrigen aus der Urne gezogenen Namen der Bürger des Distrikts. Die jedesmal abstimrende Jury besteht aus zwölf Mitgliedern, die alle einstimmig der einen oder der andern Meinung sein müssen, so daß zuweilen Fälle vorkommen, wo, nachdem das Plaidoyer 2 und 3 Tage gedauert hat, diese Jury ebenso lang und auch noch länger vom Richter zurückgehalten wurde, bis das Verdikt entschieden war. Ehe ein Petit-Juror eingeschworen wird, um als solcher seinen Pflichten nachzukommen, werden ihm verschiedene Fragen vor- gelegt, die ebenfalls unter Eid beantwortet werden müssen, z. B.: Hat der Juror je irgend einen Streit mit dem Angeklagten oder ein Vorurtheil irgend welcher Art gegen denselben? Hat er aus persönlicher Anschauung Kenntniß von dem Falle, der verhandelt

werden soll? Ist er verwandt mit dem Kläger oder hat er ein Interesse an der Verurtheilung des An- geklagten? u. s. In allen diesen Fällen ist der betref- fende Bürger als Juror bei diesem Falle ausge- schlossen. Jedoch wird derselbe nicht entlassen, son- dern muß seine Zeit ausharren, da er bei einem andern Falle wieder gebraucht werden könnte.

Während der Dauer der Gerichtssitzungen oder Court-Termins, welche gewöhnlich drei Wochen dauern und dreimal im Jahre stattfinden, werden 60 Bür- ger per Woche als Petit-Jurors gezogen. Diese müssen stets von 9 Uhr Morgens so lange, bis selbe vom Richter entlassen sind, gegenwärtig sein. Ich habe Fälle gesehen, wo die 60 für die Woche bestimmten nicht ausreichten, um eine Jury von 12 vorurtheilsfreien Männern zusammen zu bringen, da die vorgelegten Fragen nicht befriedigend beantwortet werden konn- ten und Erfahrmänner eingebracht werden mußten, um die Jury komplett zu machen. Bei solchen Ge- legenheiten nimmt der Sherif jeden Bürger, den er sieht, und bringt ihn vor den Richter, bis die noth- wendige Anzahl endlich eingeschworen ist. Einmal, im Jahre 1855, erinnere ich mich, daß es zwei volle Tage währte, ehe die Jury eingeschworen werden konnte, um den Fall zu entscheiden. Ich war selbst Zeuge

für den betreffenden Staat und mußte drei Tage warten, um endlich erlöst zu werden, da ich erst der sechszehnte in der Reihenfolge war. — Außerdem hat der Staatsanwalt sowie auch der Angeklagte das Recht, zwölf Bürger zurückzuweisen, ohne dafür eine Ursache angeben zu müssen.

Die Strafe eines als Geschwornener oder Zeuge amtlich einberufenen Bürgers, im Falle er nicht in bestimmter Zeit erscheinen sollte, ist von 1 bis 200 Dollars per Tag oder eine verhältnißmäßige Ge- fängnißstrafe. Nur bei guten Gründen, die zu beurtheilen dem Richter obliegt, kann eine Entschul- digung angenommen werden. Selbst wenn der Be- treffende sich nur für einen Augenblick entfernen sollte, und sein Name würde während dieser Zeit vom Sherif gerufen werden, so wird er schon mit zehn Dollars gestraft.

Die Diurnen eines Geschwornenen und Zeugen sind von zwei bis drei Dollars per Tag und kaum genügend, um die nothwendigen Auslagen zu decken, da mancher der Bürger 20 bis 30 Meilen entfernt wohnt und diese Strecke reiten muß, um zum Justiz- gebäude zu gelangen. Für die Hin- und Rückkehr wird eine Entschädigung von Meilengeld gestattet, jedoch nur für einmaliges Hin- und Rückreisen.

* Siehe Nr. 54.

beigeführt, welche insofern auch diesseits der Leitha Aufmerksamkeit verdient, als die Debatte sich um eine Frage drehte, welche auch im zisleithanischen Parlamente harte Kämpfe kostete und zur Stunde noch im praktischen Leben die Gemüther lebhaft bewegt; es ist dies die Frage der geistlichen Ehegerichte. Das Unterhaus hat sich für die provisorische Beibehaltung der geistlichen Ehegerichte entschieden, nicht ohne jedoch deren prinzipielle Unzulässigkeit sowie die Unerlässlichkeit der Einführung der obligatorischen Zivilehe in der bestimmtesten Weise und einstimmig auszusprechen.

Die Meinungen gingen bloß darin auseinander, daß von der Linken die unmittelbare Beseitigung der geistlichen Ehegerichte angestrebt wurde, während die Rechte für die Belassung des status quo bis nach Einführung der Zivilehe eintrat. Eine glänzende, mit der gewohnten logischen Gewalt einwirkende Rede Deak's gab den Ausschlag und besetzte die in diesem Punkte selbst im Schoße seiner eigenen Partei sich regende Divergenz der Meinungen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß dieser gefeierte Führer sich entschieden gegen den im Reichsrathe akzeptirten Mittelweg der Nothzivilhe aussprach und für die obligatorische Zivilehe ohne Beschränkung auf christliche Glaubens-Genossenschaften eingetreten ist.

Die Beratungen des Nationalitäten-Ausschusses in Pest.

In der samstägigen ersten Sitzung des besagten Ausschusses gelangten die verschiedenen diesfälligen Anschauungen zum Ausdruck. Die Debatte war eine lebhafteste, wir beschränken uns auf die Hervorhebung der wichtigsten Momente derselben.

Der serbische Abgeordnete Miletics hält eine deutsche umfangreiche Rede, in welcher er, anknüpfend an die Broschüre des Baron Cötivos über die Garantien der österreichischen Monarchie, beweisen will, daß die Frage der Nationalität in Ungarn durch das wirkliche Bedürfnis und das Bewußtsein seiner Einwohner — nicht aber durch Agitation entstanden sei. Er spricht für den Vorschlag des serbischen Kongresses, nach welchem die Nationalität als solche gesetzliche Garantien erhalten, nicht aber die Sprachrechte einzelner Bürger gesichert werden sollen, denn diese existieren und brauchen kein besonderes Gesetz. Er will National-Territorien wie in der Schweiz, und keine Herrschaft der ungarischen Sprache.

Diesem antwortet Szedenyi mit der Erklärung, daß die Situation Ungarns mit seinen Einwohnern verschiedener Zunge zwar nicht erlaube, die Idee des ungarischen Staates bis zu deren Kon-

sequenzen zu verwirklichen — aber daß sie auch nicht derart wäre, um zu gestatten, daß die Nationalitäten dieses Vaterland verleugnen. Ungarns Gesetzgebung habe immer mit gleicher Liebe die Völkern umfaßt, welche von Rumänen, Serben, Slowaken, Deutschen bewohnt werden, wie jene, wo die ungarische Race heimisch ist, aber immer unter der Bedingung, daß die politische Einheit Ungarns nicht gefährdet, was unabweislich durch Territorial-Abänderungen hervorgerufen würde. Er stimmt für die Aufnahme des Horvath'schen Vorschlages und entwickelt die Gründe, warum er nicht Wünschen genügen wolle, mit welchen Serben und Rumänen das, was ihre Vorfahren nicht behalten oder erringen konnten, nun als Folgerungen von Raisonnements und Prinzipien zu fordern sich beileien.

Graf Dominik Telsch bemerkt ironisch, daß eben der Vorschlag einer Territorial-Eintheilung die Nationalitäten von einander noch mehr entfremden, nicht aber, wie Miletics behauptet, nähern würde — er stimmt für den Horvath'schen Vorschlag.

Branovlaschy leugnet diese Absicht, bemerkt hierbei, daß er, dem Antrage Miletics beistimmend, den Horvath'schen Vorschlag für ganz überflüssig halte, indem die einzelnen Mitglieder der Nationalitäten die in demselben bezeichneten Rechte faktisch jetzt ausüben. Redner will die Rechte der Majoritäten sichern, die Nationalitäten als solche etablieren; der Horvath'sche Vorschlag vernichte selbst die im Schoße des Eifer-Komitee's gemachten Konzeptionen.

Nun antwortet der Kultusminister Baron Cötivos, in seinem lebhaft und geistreich gehaltenen Vortrag von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß es ein großer Irrthum sei, wenn Jemand im Interesse einer Nationalität die Frage der Nationalitäten überhaupt ordnen will; hier entscheidet immer der Umstand, welche Nationalität den mehr praktischen Standpunkt einzunehmen im Stande ist. Die Idee, welche seiner erwähnten Broschüre zu Grunde liege, basirt darauf, daß die Frage der Nationalitäten nur ebenso geordnet werden könne, wie die Religionsfrage, auf der Basis der Gleichheit, welche zur Freiheit, nicht zur Unterdrückung führt, und der Staat sei nicht befugt, von den einzelnen Bürgern die Aufopferung ihrer Freiheiten zu fordern, um den Gelüsten derjenigen Nationalitäten, welche auf abgerundeten Territorien eben die einzelnen Bürger der Minoritäten unterdrücken wollen, zu genügen.

Miletics antwortet mehreren seiner Vorredner — dem Kultusminister insbesondere, daß die Religion als eine Einrichtung für sich selbständig dastehe, die Nationalitäten aber mit dem Volke verwachsen, von der Gesetzgebung als solche garantirt werden müssen. — Er las zur Bekämpfung Nyary's unter anderem auch die Wünsche der Flammänder vor,

welche diese im Jahre 1858 in Betreff ihrer Sprache dem belgischen Parlamente vorgelegt hatten und die mit den Wünschen der Serben identisch wären — wobei ihn Szedenyi, unter großer Heiterkeit der Versammlung, mit den Worten unterbrach: „Aber auch dort wurden sie nicht erfüllt.“

Nun stellte Präsident Somjsich zuerst die Frage: ob der Vorschlag des Eifer-Komitee's als Basis der speziellen Verhandlung angenommen wird. Nur 6 oder 7 Mitglieder erhoben sich dafür; ebenso wurde der serbische Vorschlag abgelehnt, die große Mehrheit entschied sich für den Horvath'schen Vorschlag.

Da erhoben sich Miletics und Branovlaschy mit der Erklärung, daß die serbischen Vertreter der Ansschußberathung über ein vollkommen unannehmbares Operat nicht mehr beizohnen könnten.

Präsident Somjsich erinnert sie daran, daß sie Reichsvertreter, nicht Abgesandte der Nationalitäten wären, er könne sie nicht zwingen, in den Sitzungen zu erscheinen, aber er dürfe auch nicht erlauben, daß diese Erklärung zu Protokoll genommen werde.

Bonis bemerkt, daß die Herren nur ihren Nationalgenossen schaden, wenn sie sich der fernern Theilnahme enthalten, durch welche sie wohl auch ihren Wünschen Ausdruck geben können.

Reform der Armeeverwaltung.

Das Reichskriegsministerium hat soeben in einem Ministerialerlasse die Grundzüge für die Reform der Armeeverwaltungsbehörden bekannt gegeben. Nach denselben wird künftighin die Militär-Administration durch die General-Kommanden, Militär-Kommanden und Territorial-Divisionen geleitet werden. General-Kommanden werden in Wien, Prag, Brünn, Ofen, Temberg, Graz, und Agram; Militär-Kommanden zu Innsbruck, Hermannstadt, Zara und Peterwardein; Truppen-Divisionen mit selbständiger Administration zu Linz, Preßburg, Kaschau, Großwarden, Temesvar und Krafau fungiren. Die Besorgung der Armeeverwaltung wird der Armee-Intendanz übertragen, welcher bei erhöhter Verantwortlichkeit ein einflussreicherer Wirkungskreis übertragen wird. Das Kriegs- und Verpflegs-Kommissariat, ebenso die inspizirenden Kriegs-Kommissariate werden aufgehoben, ihre Funktionen werden an die neu zu errichtende Armee-Intendanz übertragen. — Diese Reorganisation tritt mit Neujahr in Wirksamkeit.

Zur Münzreform in Deutschland.

Unter den dem deutschen Handelstage zur Beschlußfassung vorliegenden Anträgen nimmt das größte Interesse die Münzfrage in Anspruch. Der

Sie können hieraus ersehen, daß mit der Ausübung dieser Bürgerpflichten manche Unannehmlichkeiten verbunden sind, deren sich jedoch jeder Bürger bereitwillig unterzieht, indem diese Jurors eine der Hauptstützen einer freien Gesetzgebung bilden und dem Volke Gelegenheit geben, Willkür und Privatrücksichten bei der Fällung des Urtheils gänzlich zu beseitigen.

Doch selbst von diesen so wichtigen Pflichten sind einzelne Bürger in Folge ihrer Stellungen enthoben. Aerzte, deren Zeit der leidenden Menschheit gewidmet ist; Advokaten, die der Wahrung des Rechtes und des Gesetzes ihre Kenntnisse weihen; die Beamte der Vereinigten Staaten; Telegrafbeamte, die der Kommunikation und dem Wohlstande des Landes unentbehrlich sind, sowie auch Kapitäne und Beamten von Dampfschiffen, Kondukteure, Maschinisten und Beamte der Eisenbahnen, Fährleiter und überhaupt solche, die unabänderlich auf ihren betreffenden Posten verbleiben müssen, wenn kein Hinderniß in dem Lauf des geregelten Kommunal- und Kommunikationswesens eintreten soll: alle diese sind ihrer Juror-Pflichten enthoben, müssen jedoch als Zeugen erscheinen, sobald die amtliche Vorladung

geschieht, mit dem Vorrechte, zuerst verhört und schnellstens entlassen zu werden.

Eine andere Pflicht eines amerikanischen Bürgers, wenn sie auch nicht obligatorisch ist, besteht darin, sich bei den Wahlen zu betheiligen, und es gibt nur wenige, die sich hievon ausschließen. In einem Lande, wo jeder Beamte seine Stellung der Volksstimme verdankt, ist es natürlich, daß der Kandidat alle Hebel in Bewegung setzt, alle möglichen Finten und Kniffe benützt, um seine Wahl durchzusetzen. Bei jeder Wahl, wenn die zu besetzende Stelle auch noch so gering wäre, treten die Kandidaten der verschiedenen politischen Parteien auf und können fest auf ihre Parteigenossen rechnen. Am ärgsten ging es bei solchen Wahlen in den Jahren 1854 bis 1855 zu, als die sogenannte Know-nothing-Partei auftrat. In mehreren Staaten, vorzüglich in Missouri, Kentucky, Tennessee und Maryland, sowie auch in dem vielgerühmten Massachusetts gab es manchen harten Kampf, ja sogar Menschenleben waren zu beklagen. Diese Nativisten-Partei war jedoch nur eines kurzen Bestandes fähig, denn bald sahen die amerikanischen Bürger ein, daß eine Partei, die ihre Prinzipien mit Gewalt der Nation aufdringen will, nicht für das Wohl des Volkes arbei-

ten kann, sondern nur ihre eigenen Privatinteressen vertritt; die Erfolge dieser Partei erloschen deshalb sehr bald.

Zum allgemeinen machen sich Europäer und überhaupt Nichteingeweihte unrichtige Ideen von dem politischen Parteiwesen in Amerika. Bis in die 40er Jahre bestanden bloß zwei Parteien, die Whigs und die Demokraten. Erst mit dem Präsidenten Martin Van Buren, trat die sogenannte Free-soil-Partei in's Leben, konnte jedoch bei der Wahl des Präsidenten Volk im Jahre 1844 keine bedeutende Stimme erheben. In den Jahren 1848 und 1852 war James Hale aus New-Hampshire der Kandidat dieser Partei und erreichte im ersten Jahre nicht ganz 30.000, im letzteren Jahre schon über 100.000 Stimmen. Als nun die Partei sah, daß es ihr nicht gelingen konnte, formirte sie sich in die Know-nothing- oder amerikanische Partei, und schon bei den Staatswahlen gingen die Mehrzahl der Whigs zu dieser neuen, auf Mythen gegründeten Partei über. Als jedoch der Erfolg noch immer nicht genügend war, so bildeten sie in Massachusetts die jetzt so starke republikanische Partei, und schon im Jahre 1856 hatte John C. Fremont

betreffende Antrag (in der Sitzung am 21. Oktober angenommen) geht dahin, es werden die von dem Handelstage in den Jahren 1861 und 1865 genehmigten Vorschläge auf Beibehalt der Silberwährung zurückgezogen und dagegen folgendes empfohlen: Münzeinheit und zugleich eine allgemeine Münzreform in Deutschland ist in der Weise herbeizuführen, daß sämtliche deutsche Staaten gleichmäßig die alleinige Goldwährung mit konsequenter Durchführung des Dezimalsystems annehmen, und Anschluß an die von der internationalen Münzkonferenz in Paris im Jahre 1867 empfohlenen Grundsätze. Was das künftige deutsche Münzsystem nach Annahme der Goldwährung betrifft, wird insbesondere auf die Vorschläge hingewiesen, eine dem goldenen Fünffrankstück genau gleichstehende Werth- und Rechnungseinheit mit ihren dezimalen Vielfachen und mit Theilung in hundert Schillinge einzuführen und auch als Rechnungseinheit den Gulden anzunehmen, als zehnten Theil einer dem 25 Frankstück identischen hauptsächlich Goldmünze mit der Theilung in 100 Kreuzer. Der Handelstag soll das Präsidium des Norddeutschen Bundes und die Regierungen von Baiern, Württemberg und Baden ersuchen, auf der Basis dieser Grundsätze eine gleichmäßige Münzordnung festzustellen.

Das Manifest der spanischen Regierung

ist erschienen und veröffentlicht in der Form einer diplomatischen Zirkulardepeche Altentstücke und eine sehr lange Auseinandersetzung der Gründe, die das spanische Volk nöthigten, das Joch der früheren Dynastie abzuschütteln, gefolgt von einer Anklage gegen die Dynastie. Das Manifest sagt, das Volk müsse die verlorene Zeit einholen; das heute in Spanien eingebürgerte Prinzip der Volks-Souveränität ist ein Lebensprinzip und der ideale Typus seiner Bestrebungen. Es ist demnach zu behaupten erlaubt, daß die erstlich allgemein und weiters durch die Erwählten des Volkes ausgeübte National-Souveränität eine Gesamtheit von Freiheiten beschließen werde, welche ein reiches, unveräußerliches Gemeingut eines zivilisirten Landes bilden oder bald bilden werden.

Das Rundschreiben geht in eine weitläufige Prüfung der Frage der Kulturfreiheit ein und schließt mit dem Wunsche nach freier Uebung jedes Kultus.

Das Rundschreiben drückt den Wunsch aus, mit den Mächten im Einvernehmen zu bleiben und den moralischen Beistand der Regierungen zu erlangen. Sollte dieser aber fehlen, sollte das Beispiel Amerika's keine Nachahmung finden, dürfen wir uns deshalb nicht entmuthigen, wir können ruhig unsere Aufgabe verfolgen, denn unsere Unabhängigkeit ist

über eine Million Stimmen, doch noch immer nicht genug, um zu reiffiren.

Die Emigration in den 1848ziger Jahren begann nun sich in die politischen Wühlereien zu drängen, und so gelang es im Jahre 1860, Abraham Lincoln zum Präsidenten zu erwählen.

Eine eigenthümliche Erscheinung ist es, wie die Emigration sich in die Parteien theilt. Wie bekannt, ist die irländische und deutsche Emigration die bedeutendste, alle anderen Nationalitäten geben nicht den zehnten Theil von Einwanderern, als eine der beiden vorgenannten. Der Irländer, von englischer Unterdrückung träumend, weiß schon auf den Dorffeldern, daß der Engländer und hauptsächlich die Aristokratie England's vor dem Worte „Demokrat“ zittert. Aus diesem Grunde wird es nur wenige Irländer geben, welche sich nicht beim Anlangen in Amerika der demokratischen Partei anschließen. Der Deutsche hingegen, dem von einer großen deutschen Republik vorgeredet worden, hält es für seine Pflicht, sich sogleich als einen Republikaner zu proklamiren, sobald er das sternbesäete Banner über seinem Haupte wehen sieht, und er schließt sich deshalb der republikanischen Partei an. — Nach und nach leben sich die Leute in diese

nicht bedroht, wir haben keine Intervention zu befürchten. Um die Revolution zu legitimiren, haben wir das alleinige, heute als untrüglich erachtete Kriterium in der Berufung an das allgemeine Stimmrecht zu suchen. Das Ziel, welches wir verfolgen, ist, uns auf die Höhe der vorgeschrittensten Völker zu bringen, indem wir damit den Mißklang in dem großen Konzerte der Nationen aufhören lassen. Wir haben ein vollkommenes Recht auf die Achtung der von uns geschaffenen Sachlage und die gerechte Hoffnung, daß die an der Spitze der Zivilisation einherstreichenden Regierungen Spanien die Beweise der Freundschaft und Brüderlichkeit nicht verweigern werden, welche sie der Regierung gaben, die uns unterdrückt, die uns erniedrigt hat.

Telegramme aus Madrid zeigen an, daß die Junta der Hauptstadt eine Proklamation veröffentlicht habe, in welcher sie erklärt, daß, nachdem die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Bürger vollständig gewahrt seien, es von nun an Sache der Regierung sei, die Prinzipien der Revolution anzuwenden und in Wirksamkeit zu bringen.

Der „Gaulois“ veröffentlicht ein Schreiben Serrano's, welches sagt, daß die Revolution von Radix es dem Lande überlassen wolle, in Ausübung seiner Souveränität eine Regierung zu wählen, welche es für die würdigste hält. Die Häupter der Bewegung seien fest entschlossen, dem Programme der Revolution Achtung zu verschaffen. Das Schreiben drückt die Ansicht aus, daß die konstitutionelle Monarchie mit allen vereinbarlichen Freiheiten diejenige Regierungsform sein könnte, welche sich mit der gegenwärtigen Epoche und dem Geiste der eigenthümlichen Landesverhältnisse am meisten im Einklange befindet.

Die Madrider Junta beantragte bei der Regierung die Aufhebung der Todesstrafe und die Errichtung von Strafkolonien in den spanischen Besitzungen in Afrika und Asien. Die Vagnos auf der Halbinsel sind aufzuheben und zu veräußern und der Erlös soll für die Einführung der neuen überseeischen Strafhäuser verwendet werden. — Die Junta hat die Errichtung eines Nationalschießens beschlossen. — Mehrere Provinzialjuntas kündigten ihre Auflösung an. — Ein Dekret des Kriegesministers begnadigt die wegen Theilnahme an der Revolution von 1866 zu Galeeren und Kolonien dienst verurtheilten Militärs. — Ein Dekret des Justizministers löst die Gesellschaft des heiligen Vincenz de Paula auf und werden die Zivilgouverneure zur Inventarsaufnahme der ihr gehörigen Papiere und Fonds schreiten.

Ideen hinein, und mit der kleinen Ausnahme von Gebildeten, die die Prinzipien der gegenseitigen Parteien einer Untersuchung würdigen, kennen unter der Masse der Einwanderer kaum einer unter zwanzig die Ursache, warum sie die Partei und deren Prinzipien verfechten. Später, wenn sie schon Einsicht genug erlangt haben, um selbst urtheilen zu können, ist es am häufigsten Selbstinteresse, welches sie bei der Partei zu verbleiben bewegt.

Diese Parteigruppierungen waren die Ursache des Krieges von 1860—65. Eigentlich hat schon Douglas im 1854 den Kampf begonnen, indem er die Kansas-Nebraska-Frage dem Kongresse — folglich auch dem Volke vorlegte. Dies könnte man den Beginn des Krieges nennen, der solche ungeheure Dimensionen annahm und von solch' blutigen Erfolgen begleitet war. Hätte sich die demokratische Partei im Jahre 1860 nicht zersplittert, der Krieg wäre vielleicht für die nächsten 4 Jahre vermieden gewesen, aber kommen mußte er, denn die Parteien standen sich zu schroff entgegen, und es gab keinen andern Ausweg mehr, als die Entscheidung durch das Schwert.

Politische Rundschau.

Laibach, 23. Oktober.

Das Herrenhaus des Reichsraths wird erst im künftigen Monate seine Sitzungen wieder aufnehmen. Was die Personalveränderungen in einigen der wichtigsten Verwaltungsposten anbelangt, so heißt es unter andern, daß der Leiter der niederösterreichischen Statthalterei v. Weber als Vizepräsident der böhmischen Statthalterei nach Prag gehen soll.

Das Ministerium soll bemüht sein, Mitglieder des Abgeordnetenhauses für wichtigere Posten des Staatsdienstes zu gewinnen. So wird z. B. Dr. Figuly (Vinz) als zukünftiger Chef der Postsektion des Handelsministeriums, die nach Auflösung der Generalpostdirektion organisiert werden soll, genannt. Warum man nicht den Dr. Roser für diese Stelle in Vorschlag gebracht, der für den Fortschritt der Post bereits seine Freiheit in die Schanze geschlagen, wird wohl ihn selbst am meisten wundern. Dr. Roser soll übrigens den Wunsch ausgesprochen haben, daß dem Ansuchen des Prager Landesgerichts in Betreff der gegen ihn anhängig gemachten Klage Folge gegeben und an dieses zugleich das Ansuchen gestellt werde, die Klage dem Wiener Tribunal abzutreten.

Ein Artikel der „Kreuz-Zeitung“ über Nord-schleswig schließt in folgender Weise: Die Frage konnte noch nicht erledigt werden, weil Dänemark übertriebene Ansprüche erhob. Gegenwärtig ist angesichts der wiederholten Drohungen mit einem Eroberungskrieg, denen Deutschland seit anderthalb Jahren ausgesetzt ist, noch schwieriger der Moment zu finden, wo Deutschland KonzeSSIONen machen könnte. Schleswig gehört dem norddeutschen Bunde zu, und dieser wird bezüglich etwaiger Veränderung der nördlichen Grenzen so beschließen, wie er es den Verträgen entsprechend hält, und letzteren gewiß die weiteste, mit dem Schutze der Deutschen in Schleswig verträgliche Auslegung geben. Da hätten wir also den schönsten Anlaß zu — Vorschlägen auf eine allgemeine Entwaffnung.

Zur Tagesgeschichte.

— Bürgermeister Klaudy ist nach Wien abgereist, um dem Minister des Innern den Protest gegen die Zerschneidung der Technik persönlich zu überreichen.

— Erzbischof Haynald, ein eifriger Botaniker, hat aus Pietät für den unglücklichen Kaiser Max von Mexiko (dessen Religionslehrer er gewesen) die von diesem angelegte großartige Pflanzensammlung um 30.000 fl. angekauft und gedenkt dieselbe, sowie seine eigene berühmte Sammlung, dem Pesther Museum zu schenken.

— In Pest wurde in der letzten Samstagnacht in einem Kaffeehause eine vollständige Roulette-Spielbank von der Polizei aufgehoben. — Es wurden ca. 1600 fl. konfisziert. Die überraschte Spielgesellschaft bestand durchgehends aus feiner Gesellschaft, darunter junge Fürsten, Grafen, Barone zc.

— Die strafgerichtlichen Erhebungen gegen P. Greuter aus Anlaß seiner Rede in der Versammlung zu Hart sind, wie der „N. Fr. P.“ geschrieben wird, schon so weit gediehen, daß die Einleitung der Spezial-Untersuchung nur mehr von der Bewilligung des Reichsraths abhängt. P. Greuter zeigt sich sehr niedergeschlagen und soll seine einzige Hoffnung auf Rettung nur mehr auf die Freundschaft des Herrn Schindler oder der Rabitalen des Reichsrathes, wie er sie nennt, gesetzt haben. Diese, meinte, er können es unmöglich zugeben, daß gegen einen Kollegen, den man schon im Jahre 1865 brüderlich umarmte, nun eine Kriminal-Untersuchung eingeleitet werde, wodurch der Held der Freiheit und der „wahren Autonomie“ eines schönen Morgens als Verbrecher proklamirt werden könnte.

Kokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Korrespondenz.

□ **Adelsberg**, 22. Oktober. (Werbungen für den Schnapsfabrikator Tabor. Abnehmen der Schulbesuch. Citalnica. Geringer Absatz slovenischer Druckwerke.) Auch bei uns prangten die blamweiskrothen Aufrufe zur regen Theilnehmung am Schnapsfabrikator Tabor, es fehlte nicht an Predigern, welche die profaischen Gemüther der Adelsberger für jene nationale Demonstration zu erhitzen versuchten, doch erfolglos blieben alle diese Anstrengungen, denn nur ein einziger Taborite fuhr aus Adelsberg, um an den Freuden und Leiden der kistenländischen Schmerzenskinder als Vertreter Vorabiens Theil zu nehmen.

Unsere Bevölkerung ist der Sprachenbeglückungstheorie schon herzlich satt, sie achtet wohl ihre Muttersprache, ohne hiebei den großen Werth der italienischen und deutschen Sprache zu verkennen. Schon der gemeine Mann blickt mit Unwillen auf die bevorstehenden Schulreformen, wornach der deutsche Unterricht aus der Volksschule gänzlich verbannt und dadurch doch total verstimmet werden soll. Unsere Hauptschule, in früheren Zeiten von den Kindern aus den angrenzenden Landesheilen häufig besucht, hat alle Aussicht zu einer spezifisch Adelsbergischen Trivialschule degrabirt zu werden. Die vermöglichen Karstbewohner schicken ihre Jugend anderswohin, und insbesondere soll in jüngster Zeit die Hauptschule in Idria an Frequenz durch Auswärtige bedeutend gewonnen haben. Nicht nur die Marktgemeinde, sondern auch die Lehrer erleiden durch den abnehmenden Schulbesuch eine bedeutende Einbuße an ihrem Einkommen.

Dafür ist vor einigen Monaten Adelsberg durch eine neu entstandene Citalnica beglückt worden, welche nach mehrjährigen fruchtlosen Anstrengungen insbesondere durch die Anstrengungen eines jungen k. k. Beamten zu Stande kam. Doch auch diese theilt das Los ihrer benachbarten Schwestern, die einer dauernden Wiederbelebung kaum mehr fähig sind. Ist es auch möglich, daß in einem Orte wie Adelsberg zwei Lesevereine existiren? Widerspricht nicht diese nutzlose Zersplitterung der Kräfte dem wichtigsten Prinzip, dem die Menge alle ihre großen Schöpfungen verdankt, der Assoziation der Kräfte, dem einträchtigen Wirken?

Die slavischen Schwärmerien finden in der nächsten Wirklichkeit nur zu häufig eine bittere Enttäuschung. So hat der Abgeordnete Svetec im Landtage die Wichtigkeit der slovenischen Sprache für das Fortkommen in der Welt in fantastischer Weise geschildert. Doch eben in Adelsberg, wo doch Vertreter aller Nationen der Erde das Weltwunder unserer Grotte sich ansehen, hat man nicht Gelegenheit, unter diesen besondere slavische Sympathien wahrzunehmen. Ein ganz nüchterner Beleg hiefür ist der Verkauf der slovenischen Beschreibungen der Adelsberger Grotte. Bei dem letzten Grottenfeste, bei dem sicherlich ein Drittel der Besucher Slovenen waren, wurden von Grottenbeschreibungen verkauft in deutscher Sprache 400 Stücke, in italienischer 105 und in slovenischer bloß 7, sage sieben Stücke, ein sicherlich nicht zu unterschätzender und vielfachender Beitrag zur Aufklärung der Stellung, welche die slovenische Sprache in dem allgemeinen Weltverkehr einnimmt.

Kokal-Chronik.

— (Konstitutioneller Verein.) In der gestrigen Ausschussung wurden 55 neue Mitglieder, darunter über 20 vom Lande, aufgenommen. Die Zahl der Mitglieder hat somit 500 überschritten.

— (Heute Abends Probe) des Männerchors der philharm. Gesellschaft. Musikdirektor Nedved dürfte in Balde aus Wien, wo er sich eines Behördens wegen einer Kur unterzogen hat, zurückkehren und dann dürfte die Saison unserer Konzerte beginnen.

— (Dekorirung.) Dem pensionirten Postamtbriefträger Anton Vittenz in Laibach wurde in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz verliehen.

— (Der in Ungarn berühmte und populäre Sänger L. Erös, genannt der „schöne Dovid“ oder der „deutsche Levasor“, wird nach seiner mehrmonatlichen Rundreise durch Ungarn und Kroatien hier morgen Samstag Abend nach dem Theater im Hotel Elefant seine humoristischen Vorträge beginnen. Ein fotografisches Tableau seiner Leistungen ist im Kasino-Café zur Schau ausgestellt. Wie die Rezensionen der Triester Blätter melden, wo Herr Erös zuletzt seine Vorstellungen gab, dürften wir einen recht genugsamen Abend zu erwarten haben.

— (Ein vergessener Posten.) Aus Idria wird uns gemeldet, daß das Montanärar die Beeidigung seiner Beamten auf die Verfassung zum Theile außer Acht gelassen habe. Während bei allen Aemtern die bereits angestellten Beamten zur Ausstellung von Reversen auf die Einhaltung der Staatsgrundgesetze aufgefordert wurden, fand in Idria dies nicht statt; es legten allerdings die neu eintretenden Beamten und Diener den Eid auf die Staatsgrundgesetze ab, doch von den bereits angestellt gewesenen Beamten und Dienern ist ein solcher Eid nie abverlangt worden.

— (Schneefall.) Von einem aus Beltes Angelommenen wird uns berichtet, daß heute Nacht doriselbst der erste Schnee fiel.

— (Veränderungen im Kuratlerus.) Dem Herrn Joh. Debelak, Kooperator in St. Veit, wurde die Pfarre Höflein verliehen. — Herr Johann Justin, Lokalist in Görtschach, begibt sich in den Ruhestand.

— (Theater.) Gestern ging „Das bemooste Haupt oder der lange Israel“ über unsere Bühne, ein etwas veraltetes Stück von H. Benedix, welches sich wohl nur deshalb auf dem Repertoire unserer Bühnen zu behaupten versteht, weil es längere Zeit das Glück hatte, zu den verbotenen Stücken zu zählen. Warum es verboten war, das ist wohl schwer zu erraten, höchst wahrscheinlich deswegen, weil der Student Alsdorf behauptet, daß die Freiheit des Gedankens das höchste Gut des Menschen sei. Daß Gedanken zollfrei sind, haben schon viele behauptet, die Behauptung aber, daß diese Zollfreiheit auch ein Gut sei, das mochte wohl seinerzeit den Zugrinn der Zensoren wachgerufen haben. Das Stück selbst verlangt noch außerdem ein Publikum, welches ein Verständnis für den Geist des deutschen Bürgenthums mitbringt, daher der Effekt dieses Stückes in einer deutschen Universitätsstadt ganz anders sein wird, als hier. Hr. Bergmann spielte den langen Israel recht gut, die Rolle scheint ihm zuzufallen, aber Feuer, mehr Feuer! Die übrigen Rollen sind insgesamt nur Hintergrund für das Bild des langen Israel, mit Ausnahme des Wächters Strobel, welcher von Herrn Stefan in wahrhaft drastischer Weise wiedergegeben wurde. Wenn der Chor Studentenlieder singt, so soll er wenigstens in etwas das Gehör des Publikums respektiren. Das Haus war mäßig gefüllt.

Witterung.

Laibach, 23. Oktober.

Nachts Regen, scharfer Südostwind. In den Alpen Schneefall. Vormittag die Wolkendecke geschlossen. Mittags Wärme: + 6.8° (1867 + 13.4°, 1866 + 5.0°). Barometerstand: 327.73", im Steigen. Das gefrige Tagesmittel der Wärme: + 7.6°, um 0.6° über dem Normale. Der Niederschlag binnen 24 Stunden 0.50 Pariser Linien.

Angelommene Fremde.

Am 22. Oktober.

Hôtel Stadt Wien. Regen, Generalsekretär, Wien. — Deling, Brevard. — Kern, Kaufm., Wien. — Krauß, Kaufm., Wien. — Familie de Rottent, Amerika. — Guttmann, Kaufm., Wien. — Fränkel, Kaufm., Wien. — Sotelscheg, Kaufm., Wien.

Hôtel Elefant. Usher, Würdenthal. — v. Clavicini, Görz. — Walland, Kaufm., Sonobitz. — Kliner, Kaplan, St. Martin. — Floriančić, Peter. — v. Zubovit, Kapitan, Gran (Ungarn). — Danneker, Handelsm., Triest. — Landeler, Kaufm., Frankfurt. — Erös, Sänger, Pest. — Berent, Hamburg.

Baierischer Hof. Pollat, Brauer, Neumarkt. — Hofbauer, Lammfabrikant, Neumarkt. — Lautenbacher, Dgoreffe.

Verstorbene.

Den 22. Oktober. Dem Herrn Johann Novak, Greifler, seine Gattin Franziska, alt 40 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 14, an der Entartung der Unterleibs-

organe. — Herr Johann Supan, k. k. Landesregierungsbeamter, alt 45 Jahre, in der Stadt Nr. 34, an der Walsersucht.

Gedenktafel

über die am 27. Oktober 1868 stattfindenden Vizitationen.

Relig. der Blagojine'schen Real., BG. Wippach. — 1. Feilb., Steirische Real., Sidras, 716 fl., BG. Krainburg. — 1. Feilb., Grum'sche Real., Kastina, 740 fl., BG. Oberlaibach. — 1. Feilb., Jar'sche Real., Witterdorf, 2580 fl., BG. Oberlaibach. — 3. Feilb., Sedmal'sche Real., Zagorje, BG. Feistritz. — 2. Feilb., Brit'sche Real., Unterleimon, 900 fl., BG. Feistritz.

Telegramme.

Wien, 22. Oktober. Reichbauer, Kaiserfeld und Bahans sendeten an die deutschen verfassungstreuen Abgeordneten eine Einladung zur Klubbildung, um die Minister in Verfassungs- und Freiheitsfragen zu unterstützen.

Wien, 22. Oktober. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhanfes wurde der vom konfessionellen Ausschusse vorgelegte Gesetzentwurf über Misch-ehen zwischen verschiedenen christlichen Konfessionen in den wichtigsten Paragraphen mit 63 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Meist wurde in den Wehrge-sezusausschuß mit großer Majorität, mit 111 Stimmen, gewählt. Der konfessionelle Ausschuss nahm die Regierungsvorlage über die Versöhnungsversuche vor den gerichtlichen Entscheidungen an. In der nächsten Sitzung desselben wird ein von Figuly ausgearbeitetes Ehegesetz besprochen. Der Wehr-ausschuß wählte den Abgeordneten Franz Groß zum Obmann, Dr. Reichbauer zu dessen Stellvertreter.

Lemberg, 22. Oktober. Der hiesige demokratische Verein faßte folgende Resolution: „Die Wiederherstellung Polens liegt im Interesse Oester-reichs ebenso, wie in jenem des europäischen Frie-dens. Das Verhältnis Galiziens zu Oesterreich beruhe auf dem Föderationsprinzip mit einer Auto-nomie, wie sie Ungarn besitzt.“

Madrid, 22. Oktober. Der Vater des Kö-nigs von Portugal hat sich bereit erklärt, die Kan-didatur um den spanischen Königsthron anzunehmen.

Theater.

Heute: Martha.

Morgen: „Die neue freie Zeit.“

Wiener Börse vom 22. Oktober.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Deft. Hypoth.-Bant.	Geld	Ware
5perc. österr. Währ.	54.40	54.60	96.—	96.50	
do. v. J. 1866.	59.10	59.15			
do. National-Anl.	62.80	63.—			
do. Metalliques	57.15	57.25			
Lohe von 1854	79.50	79.75			
Lohe von 1860, ganze	84.30	84.40			
Lohe von 1860, Häufst.	94.—	94.25			
Prämienf. v. 1864	97.40	97.50			
Grundentl.-Obl.					
Steiermark zu 5 pCt.	86.50	87.50			
Kärnten, Krain					
u. Küstenland 5	84.—	90.—			
Ungarn zu 5	76.40	76.70			
Kroat. u. Slav. 5	75.50	76.—			
Siebenbürg. 5	70.50	71.25			
Action.					
Nationalbank	758.—	758.—			
Creditanstalt	211.20	211.80			
N. ö. Compt. u. Ges.	634.—	636.—			
Anglo-österr. Bank	162.—	162.50			
Deft. Bodencred.-A.	192.—	194.—			
Deft. Hypoth.-Bant.	68.—	69.—			
Steier. Compt.-A.	217.—	221.—			
Kais. Ferd.-Nordb.	185.—	185.50			
Südbahn-Gesellsch.	186.10	186.20			
Kais. Elisabeth-Bahn	162.50	162.75			
Carl-Ludwig-Bahn	207.25	207.50			
Siebens. Eisenbahn	145.50	146.—			
Kais. Franz-Josef'sch.	159.50	160.—			
Königl. Bayer. C.-B.	156.—	156.50			
Alsbj.-Bjurn. Bahn	147.50	148.—			
Pfandbriefe.					
Nation. ö. B. verloßb.	93.80	94.—			
Ung. Hob.-Creditanst.	91.25	91.75			
Ang. öst. Hob.-Credit.	102.25	102.75			
do. in 33 R. rückz.	84.40	84.60			
Münzen.					
Kais. Münz-Ducaten.	5.50	5.51			
20-Francsthaler	9.22	9.23			
Bereinsthaler	1.70	1.70			
Silber	113.50	113.75			
Wechsel (3 Mon.)					
Lugds. 100 fl. südb. B.	96.20	96.40			
Frankf. 100 fl.	96.50	96.75			
London 10 Pf. Sterl.	115.50	115.70			
Paris 100 Francs	45.75	45.85			
Creditanstalt					
100 fl. 40	39.—	40.—			
100 fl. 40	29.50	30.50			
100 fl. 40	34.50	35.50			
100 fl. 40	31.50	32.50			
100 fl. 40	21.75	22.25			
100 fl. 40	21.50	22.50			
100 fl. 40	14.50	15.50			
100 fl. 40	13.50	14.25			

Telegraphischer Wechselkurs

vom 23. Oktober.

5perc. Metalliques 57.40. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.40. — 5perc. National-Anlehen 62.50. — 1860er Staatsanlehen 84.80. — Bankaktien 775. — Kreditaktien 212.30. — London 115.40. — Silber 113.45. — R. f. Dukaten 5.50.